

1 35/11/2018

2 SPDqueer Brandenburg

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4

5 **Ein Schritt hin zur solidarischen Gesundheitsversiche-**
6 **rung**

7 Der Landesvorstand der SPD wird aufgefordert, darauf
8 hinzuwirken, dass die SPD-Landtagsfraktion sich für die
9 Einführung des Hamburger Modells zur Krankenversi-
10 cherung für Beamtinnen und Beamte auf Landesebene
11 und die Landesregierung sich im Bundesrat für eine
12 entsprechende Gesetzgebung für Beamtinnen und
13 Beamte auf Landesebene einsetzt.

14

15 Unsere Position:

16

17 Die SPD Brandenburg begrüßt die Einführung des
18 „Hamburger Modells einer solidarischen Gesundheits-
19 versicherung“, wie es seit dem 01.08.2018 in Hamburg
20 gilt. Es ist ein Gebot der Fairness, die jahrzehntelangen
21 Benachteiligungen von gesetzlich versicherten Beam-
22 tinnen und Beamten zu beenden.

23

24 **Begründung**

25 Gerade im Hinblick auf die Arbeits- und Wahlmöglich-
26 keiten und dem zunehmenden Mangel an geeigneten
27 Bewerberinnen und Bewerber im Öffentlichen Dienst,
28 sind attraktive Gehaltsbedingungen und eine solida-
29 rische Gesundheitsversicherung, eine unabdingbare
30 Voraussetzung dafür, dass auch zukünftig, die öffentli-
31 chen Verwaltung ihre Aufgaben wahrnimmt.

32

33 Aus Sicht der SPDqueer, ist eine solche Umsetzung
34 des „Hamburger Modells einer solidarischen Kran-
35 kenversicherung für Beamtinnen und Beamte“, auch
36 deshalb wichtig, um insbesondere homosexuellen und
37 transgeschlechtlichen Beamtinnen und Beamte, die –
38 das haben verschiedenen Studien hinreichend belegt
39 – spezifische und teilweise höhere Gesundheitsrisiken
40 haben, tatsächlich eine Wahlmöglichkeit zwischen
41 gesetzlicher und privater Krankenversicherung haben.

42

43 Chronische Erkrankungen, wie insbesondere sexuell
44 übertragbaren Krankheiten (HIV, Hepatitis u. a.)
45 und seelische Erkrankungen (Depressionen, Sucht)
46 überfordern in aller Regel, die Betroffenen finanziell
47 und organisatorisch. So müssen zum Beispiel bei einer
48 einfachen HIV-Erkrankung permanent etwa 10.000 EUR
49 bereitgehalten werden, wenn der oder die Betroffene
50 privat versichert ist.

Erledigt

- 1
- 2 Mit dem Gesetz zur Einführung der „Ehe für alle“ wird
- 3 sich die Anzahl der Regenbogenfamilien weiter erhö-
- 4 hen. Deswegen setzt sich die SPDqueer auch aus diesem
- 5 Grund für die schnellstmögliche Einführung des „Ham-
- 6 burger Modells“ein, denn eine private Krankenversiche-
- 7 rung ist für Familien immer ein Armutrisiko.